

Vorwort

Seit der Staatsgründung durch Mustafa Kemal Atatürk ist die politische Geschichte der türkischen Republik vor allem durch ihre zahlreichen Regierungen und die damit verbundene Instabilität des politischen Systems charakterisierbar. Im Zeitraum von 1923 bis 2010 hatte die Republik 61 Regierungen. Zahlreiche Ministerpräsidenten waren nur wenige Monate im Amt. Dafür übernahmen einige Politiker nach Unterbrechungen nochmals das Amt des Ministerpräsidenten. Süleyman Demirel war beispielsweise insgesamt siebenmal türkischer Regierungschef, dies in fünf verschiedenen Zeiträumen (1965-1971; 1975-1977; 1977-1978; 1979-1980; 1991-1993). Bülent Ecevit stand fünfmal der Regierung vor, bis auf den Zeitraum 1999 bis 2002 mit zeitlichen Unterbrechungen. Innenpolitische Krisen, in deren Folge Neuwahlen ausgerufen wurden, erhöhten zudem die Anzahl der türkischen Regierungen: Allein in den 1970er Jahren wechselten sich dreizehn Regierungen ab. Hinzu kamen drei Interventionen seitens des Militärs (1960; 1971; 1980), unter denen die jeweiligen Regierungen aufgelöst wurden.

Die Herausforderungen der türkischen Wirtschaft erwiesen sich für fast sämtliche türkischen Regierungen als Haupthindernis. Die Wirtschaft war sehr schwach entwickelt und drohte immer wieder einzubrechen. Ein entscheidender Aspekt ist in der Umstrukturierung der türkischen Ökonomie von Landwirtschaft auf Industrie zu sehen. Deutlich erkennbar war dies in Form einer hohen Arbeitslosigkeit und darauf folgenden sozialen Unruhen und Protesten. Die Lösungsansätze für diese wirtschaftlichen Umstellungsprobleme pendelten zwischen planwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Modellen. Verursacht durch die ständigen Regierungswechsel fehlte bei nahezu allen Konzepten die nötige politische Stabilität, um Erfolge zeigen zu können.

Die außenpolitische Anlehnung an den Westen in den 1950er Jahren führte zu den ersten demokratischen Reformen. Die Gründung politischer Parteien wurde seit 1945 erlaubt. Bereits 1950, bei den ersten wirklich freien Wahlen, musste die bis dahin herrschende Einheitspartei CHP die Regierung an die Demokratische Partei abgeben. Die Regierungszeit der DP unter Adnan Menderes (1950-1960) verlief zunächst sehr erfolgreich. Dabei konzentrierte sich die DP auf die Modernisierung der Landwirtschaft und eine Liberalisierung der Wirtschaft. Dies führte jedoch zu hoher Arbeitslosigkeit im landwirtschaftlichen Sektor und einem Einbruch der türkischen Wirtschaft, in dessen Folge soziale Unruhen auftraten. Daraufhin kam es am 27. Mai 1960 zur ersten militärischen Intervention. Erstmals übernahm das Militär die politische Macht. Die DP wurde aufgelöst. Mit aller Härte wurde seitens der Militärs gegen die DP-Führung vorgegangen: Selbst Ministerpräsident Menderes wurde hingerichtet.

Bei den nächsten Wahlen im Jahr 1961 wurde die CHP wieder stärkste politische Partei, musste jedoch mit der Nachfolgepartei der DP, der Gerechtigkeitspartei (AP) unter Süleyman Demirel, eine Koalition eingehen. Die folgenden Jahre sind durch immer wieder wechselnde Koalitionsregierungen gekennzeichnet. Erst seit dem Jahre 1965 konnte Demirel mit der AP die Mehrheit der Wählerstimmen erzielen. Die zunehmenden sozialen Probleme vermochte jedoch auch Demirel nicht zu lösen. Folglich erhielt die linke Bewegung starken Zulauf. Zentrale Forderungen waren die Verstaatlichung und Planwirtschaft. Um eine etwaige linke Regierungsübernahme zu verhindern, erfolgte am 12. Februar 1971 zum zweiten Mal ein Militärputsch.

Die folgenden Jahre waren durch einen politischen Rechtsruck charakterisiert, der insbesondere begründet war in Befürchtungen rechtskonservativer Kreise, westliche und kommunistische Einflüsse würden zunehmend die türkische Kultur zurückdrängen und dadurch die innere Stabilität der Türkei gefährden. Die angespannte politische und wirtschaftliche Lage Ende der 1960er Jahre schienen diesen Annahmen Recht zu geben. Die beiden erfolgreichsten Parteigründungen dieses politischen Spektrums waren zu dieser Zeit die der „Nationalen Arbeitspartei“ (MHP) und der „Nationalen Heilspartei“ (MSP). Die CHP unter Bülent Ecevit musste nach ihrem Wahlsieg 1973 mit beiden Parteien eine Koalition eingehen. Im Jahr 1974 übernahm die CHP unter Süleyman Demirel erneut die Regierung. Insgesamt dreimal bildete er mit Unterstützung der MHP beziehungsweise der MSP die Koalition der „Nationalen Front“. Der Name „Nationale Front“ stand für die Programmatik dieser Koalition, die sich für die Bewahrung und Stärkung der türkischen Kultur einsetzen wollte. Dabei fuhren besonders die rechten Koalitionspartner, MHP und MSP, einen strikt konservativen Kurs gegen alle linken sowie kurdischen Einflüsse.

Herausforderung für diese Regierungskoalition war jedoch allen voran die wirtschaftliche Schwäche der Türkei. Die von den Militärs 1961 beschlossene planwirtschaftliche Orientierung wurde aufgegeben, die Privatwirtschaft gefördert. Mit finanzieller und steuerlicher Unterstützung sollte die türkische Wirtschaft an den Weltmarkt angepasst werden. Diese wirtschaftspolitische Orientierung und die Öffnung der türkischen Ökonomie konnten die Unruhen im Land nicht vermindern. Am 12. September 1980 intervenierte das Militär zum dritten Mal. Die von der Militärregierung eingeleiteten Schritte nahmen besonders drastische Formen an. Neben dem Verbot sämtlicher Parteien, Vereine und sonstiger bürgerlicher Vereinigungen wurde eine neue, bis heute gültig Verfassung erlassen (1982). Diese Verfassung schaffte in einzelnen Bereichen, wie etwa im Hochschulwesen und den Medien, bürokratische, vom Parlament unkontrollierbare Apparate. Zudem wurde gegen eine Vielzahl prominenter Politiker ein lebenslanges Politikverbot verhängt, das erst 1987 durch eine Volksabstimmung wieder aufgehoben werden konnte.

Die nächsten Wahlen fanden 1983 statt, bei der die „Mutterlandspartei“ (AnaP) von Turgut Özal die Mehrheit der Wählerstimmen für sich gewinnen konnte. Dieser führte den privatwirtschaftlich orientierten Kurs zwar weiter, konnte jedoch keine Erfolge vorweisen. Stattdessen kämpfte er mit einer Inflation von 100 Prozent, fallenden

Löhnen und einer hohen Staatsverschuldung. Die Aufhebung des Politikverbots hatte eine Vielzahl von Parteigründungen zur Folge, sodass die türkische Parteienlandschaft sich wesentlich heterogener darstellte. Ecevit gründete die „Demokratische Linkspartei“ (DSP), Demirel die „Partei des Rechten Weges“ (DYP), Erbakan die „Wohlfahrtspartei“ (RP). Darüber hinaus gewann die MHP immer mehr an politischem Einfluss. Zwischen den Führern der zahlreichen Parteien traten häufig Spannungen auf und machten damit eine effektive Politik in den folgenden Jahren unmöglich. Keine Koalition konnte sich auf ein gemeinsames Programm einigen, Korruption sowie Ämterpatronage hielten Einzug in Politik und Verwaltung. Die Regierungskoalition zwischen DYP und der SHP (einer Tochterpartei der CHP) unter der ersten und bis heute einzigen Ministerpräsidentin, der Wirtschaftspräsidentin Tansu Çiller (DYP, 1993-1996), zerfiel 1996 unter anderem auf Grund von unterschiedlichen Auffassungen bezüglich des Kurdenkonflikts. Ferner war Çiller mit ihrem wirtschaftlichen Privatisierungsprogramm in der eigenen Partei auf Ablehnung gestoßen.

Seit 1980 kam es zwar nicht mehr zu einer Intervention des Militärs, allerdings erwies es sich mehrmals, unter anderem auch in der Koalitionskrise 1993, als Schlichter im Streit und als Lenker, der die türkische Politik in Zeiten politischer Instabilität und Unprofessionalität der führenden Politiker weiter anführte. Damit verdienten sich die Militärs das Vertrauen der Bevölkerung, die bis heute in den Streitkräften den Garanten für innere Stabilität verkörpert sieht. Im Kontrast dazu verschlechterte sich das Image der Parteien zusehends.

Mit dem Erdrutschsieg der AKP („Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt“) bei den Parlamentswahlen läutete das Jahr 2002 eine neue Epoche ein. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan erwies sich als Motor der EU-Beitrittsverhandlungen. Er forcierte die dafür nötigen politischen und wirtschaftlichen Reformen. Im Jahr 2007 stürzte die Türkei auf Grund der Diskussionen um die Kandidatur Erdoğan's beziehungsweise seines Außenministers Gül's zur Präsidentschaftswahl abermals in eine politische Krise, bei der eine mögliche vierte Intervention des Militärs im Raum stand. Doch bei den darauf folgenden Parlamentswahlen im Jahr 2007 konnte die AKP Erdoğan's ihren Erfolgskurs erneut bestätigen.

Die Türkei hat insbesondere in den vergangenen Jahren umfassende gesellschaftspolitische Wandlungsprozesse durchlebt. Einerseits gehen diese Veränderungen auf die politisch gewollten Beitrittsbemühungen des Landes zur Europäischen Union zurück. Der neue Politikstil der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) von Präsident Abdullah Gül und Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan brachte andererseits jedoch auch einige gesellschaftspolitische Reformen mit sich. Exemplarisch für die Reformen, die im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess stehen, kann auf die Abschaffung der Todesstrafe (2002/2004) hingewiesen werden.

Geht man in der türkischen Geschichte bis zu ihren Anfängen zurück, in die Gründerzeit in den frühen zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts, so bemerkt der aufmerksame Beobachter sehr rasch, dass gerade das gesellschaftliche Leben in der Anfangsphase der Republik von tiefgreifenden Veränderungen und umfassenden Reformen durch den Staatsgründer und ersten Präsidenten General *Mustafa Kemal Atatürk* gekennzeichnet war. Dieser kontinuierliche Prozess, sich dem Westen anzunähern, setzt sich – mit einigen Unterbrechungen – bis heute fort. Der von Atatürk propagierte Säkularismus ist bis heute eine der tragenden Säulen des türkischen Staatsverständnisses. Die Türkei ist eines der wenigen islamischen Länder, die das Kopftuch aus dem öffentlichen Leben heraushalten wollen, die die Dominanz der Religion in der Gesellschaft erfolgreich zurückgedrängt haben und die den Islam von einer staatlichen Unterbehörde kontrollieren lassen.

Der hier vorgelegte Band bemüht sich um einen fundierten Einblick in den türkischen Staat und die türkische Gesellschaft. Im besonderen Maße wurde auf eine geschichts- und gesellschaftswissenschaftliche Betrachtungs- und Vorgehensweise Wert gelegt, was sich sowohl in der internationalen als auch fachwissenschaftlichen Zusammensetzung der Autoren widerspiegelt. Zielgruppe des Bandes sind vor allem Studierende, Dozenten, Journalisten und sonstige Mittler politischer Bildung sowie alle Türkei-Interessierten. Die Türkei ist wie kaum ein anderes Land gekennzeichnet durch ein Spannungsfeld zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Aus der Vergangenheit finden sich Beiträge zu den türkisch-armenischen Beziehungen im letzten Jahrhundert und zum Kemalismus, der Staatsphilosophie der Türkei. Der Bogen zur Gegenwart wird mit Beiträgen zur Minderheiten- und Migrationspolitik, zur Außenpolitik und zur Parteienlandschaft geschlagen.

Zu wünschen wäre, dass mit dem vorliegenden Band ein Buch gelungen ist, das eine Grundlage zu einer differenzierteren Betrachtung der Türkei als Staat ermöglicht. Allen an diesem Buch beteiligten Autoren gilt unser Dank für ihre Geduld und die effektive Zusammenarbeit. Der Bearbeitungsstand der Beiträge ist mit Mehrheit um das Jahresende 2009 anzusiedeln.

Istanbul/Bursa im April 2010

Wolfgang Gieler und Christian Johannes Henrich